

te Gleichberechtigung von Mann und Frau zu verwirklichen, zeigten die Gewerkschaftsvorsitzenden Kluncker, Loderer und Schmidt. Sie verwiesen darauf, daß Werbeanzeigen und Personalentscheidungen Angelegenheiten der Geschäftsleitung seien. Diesen Rückzug auf das Aktienrecht hatten wir bei prominenten Gewerkschaftern nicht erwartet. Die Bemerkung von Vetter, er werde den Brief zum Anlass nehmen, um nicht nur die Bank für Gemeinwirtschaft, sondern auch die übrigen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen zur Beachtung der gewerkschaftlichen Forderungen - Gleichberechtigung der Frau in der Praxis - anzuhalten, sollte sich möglichst bald in konkreten Zahlen niederschlagen.

So leicht machte es sich Gisela Kiesau (HBV) nicht. Sie sprach die Angelegenheit im Aufsichtsrat an, meinte aber, daß bei der BfG "im Vergleich zu anderen Banken eine beachtliche Zahl von Mitarbeiterinnen in wichtigen Sachbearbeiterpositionen" ist. Zahlen nannte sie allerdings ebensowenig wie die BfG selbst und der DGB-Vorsitzende Vetter, die sich ähnlich äußerten. Auch der Geschäftsbericht der BfG für 1977 gibt keine Auskunft darüber, wie das "ausgewogene Verhältnis zwischen Männern und Frauen" (Kiesau) zahlenmäßig aussieht. Das sollte geändert werden.

Antwort blieb aus

Die Abteilung Frauen beim DGB-Bundesvorstand teilte mit, man habe sich dort ebenso wie wir über die Anzeige der BfG geärgert und mit der Bank Kontakt aufgenommen. Über das Ergebnis sind wir allerdings nicht informiert worden.

Die Vereinigung der Unternehmerinnen interessierte sich offenbar für die Sache weniger als für die Legitimation des AKE Moers, sich mit einem solchen Thema zu befassen. Nach erfolgter Information wolle man "gegebenenfalls" wieder von sich hören lassen, so ließ man uns wissen. Die Information erfolgte, die Antwort blieb aus. Da kann man nur fragen, wie ernst Frau Joens ihre Aussage in der "Zeit" vom 19.5.78 nimmt, daß die Vorurteile gegen Frauen nicht von heute sind, und was sie und ihr Verband über verbale Klagen hinaus zu tun gedenken, um das zu ändern.

Jutta Henke
Elke Kehl

Wenn Frauen wählen - wen können sie wählen, wo können sie sich selbst vertreten? Diese Frage stand gerade in Bayern und Hessen an, in Berlin kommt sie auf uns zu. Große Hoffnung: der Zusammenschluß der Grünen als Opposition, mit deren ökonomischen Forderungen sich viele Frauen identifizieren können. In Hamburg war's so optimistisch losgegangen, mit reger Arbeit der Frauen im Wahlkampf, in Hessen und Berlin scheint das zunehmend schwieriger zu werden.

Bollwerk gegen den Sowjetimperialismus und Arbeitsplatz für viele neue Arbeiter sehr begrüßen würde. Oder ein anderes Beispiel: dem Antrag des Vertreters der Stromzahlungsboykott-Gruppe, daß alle Beteiligten der Liste sich doch diesem anschließen mögen, wurde abgelehnt, für konkrete Forderungen sei es zu früh.

Dabei sollten wir Feministinnen doch dankbar sein: der Berliner Bürger, der die alternative Liste wählen wird, kann

Wie lila sind die Grünen?

Die Grüne Liste Hessen, 'Wählergemeinschaft für Umweltschutz und Demokratie', in ihrer Kandidatenaufstellung paritätisch Mann-Frau-Mann-Frau etc. besetzt (wie wärs mal mit einer umgekehrten Reihenfolge, aber darauf kommen wir noch ...) erhielt übermächtige Konkurrenz durch das 'kleinere Übel' SPD. Dregger am Drücker wollte niemand, und so wählten dann doch z.B. auch viele Frauen des Frankfurter Frauenzentrums den Börner, um Schlimmeres zu verhüten. Ja, eine schlimme CDU sichert der SPD ein langes Leben. In Berlin ist die Situation da eine andere. Die SPD sitzt nicht nur im Sattel, sie klebt geradezu an ihm. Eine Begründung mehr, aufzubauen, was es nach allen Regeln der Logik gar nicht geben dürfte: eine außerparlamentarische Opposition, die parlamentarisch arbeitet. Dieses Konzept, nicht neu, aber durch die Erfolge in Hamburg beflügelt, beschert ganz ungewohnte Töne. Da ist plötzlich nicht mehr der 'Arbeiter', sondern der 'Bürger' der neue Kampfkumpan. Die Forderungen der alternativen Liste sollen 'realistisch' sein, sprich: so verschwommen, daß sie niemandem wehtun. Denn natürlich ist es richtig, von den Unzufriedenheiten mit Stadtplanung, Arbeitsplatz, Steuern, Gesetzgebung zu sprechen. Gleichzeitig aber werden in die Aufzählung von Mängeln, (die ja nicht dadurch schon zu einem Programm werden, daß sie aneinandergereiht erscheinen) auch Bereiche aufgenommen, über die bei den beteiligten Gruppen bei weitem keine Klarheit herrscht. Um die Breite des Angebotes zu halten, um die Möglichkeit einer - sagen wirs in militärischer Männersprache - 'breiten Front' auch ja nicht zu gefährden, kann es dazu kommen, daß in Berlin Vertreter der Anti-AKW-Bewegung mit Vertretern der KPD zusammenarbeiten, obwohl die KPD ein Atomkraftwerk in Berlin als

damit auch ein Votum für die Frauen tun. Die Kandidaten - ähnlich wie in Hessen - werden zu 53 % Frauen sein, das entspricht ihrem Anteil an der Bevölkerung. Diese Anregung, von Feministinnen in die Frauenarbeitsgruppe der Alternativen Liste getragen, fand allgemeinen Anklang. Bei weitergehenden Forderungen wurde es dann schon schwerer. So schlug der Jugendarbeitskreis auf der Gründungsversammlung vor, doch gleich sicherzustellen, daß die Frauen auch immer die 1., 3., 5., etc. Plätze der Bezirkslisten bekommen. Ein Vorschlag, der der Tatsache, daß Frauen die 53 %-Mehrheit der Bevölkerung sind, den einzig realen Niederschlag gesichert hätte. Käme z.B. nur ein Vertreter ins Abgeordnetenhaus, wäre das dann nämlich eine Vertreterin. Diese Gefahr haben die Genossen sofort erkannt. Perplex zählten sie durch, daß es bei dieser Regelung ja möglich wäre, daß auf einer Liste z.B. 2 Frauen einem armen Mann zur Seite stünden oder gar, nähme man mehrere Bezirke, 85 % der Gewählten Frauen wären. Das aber wäre doch dann glatt überrepräsentiert! Und da die Frauengruppe selbst auch offensichtlich keinen Grund sah, sich überrepräsentieren zu lassen, sagte sie lieber gar nichts, und der Antrag war abgelehnt. Genau so schnell, genauso flott, wie der des bekicherten Schwulenvertreterers auf einen progressiven Sexualkundeunterricht, der nicht einseitig zur Heterosexualität erziehe. „Das ist ja nun wirklich ein Minderheitenproblem“, sagte der nette junge Mann neben mir und hob die Hand zum Nein.

Also gesetzt, es käme ein Vertreter ins Abgeordnetenhaus, soll er dann für uns Frauen sprechen? Wie wird der das anstellen, der Bürger aus Spandau, der gegen den Bau der Autobahn kämpft, oder der Genosse aus dem Arbeitskreis Schule?

Diese Frage heißt im Klartext: kann es ein richtiger Weg der Frauenpolitik sein, über die Strukturen der Gruppen, mit denen ich mich verbünde, hinwegzuschauen, auf die Vertretung meiner selbst zu verzichten? Kann es mir egal sein, daß auf der Gründungsversammlung dieser famosen Liste in viereinhalb Stunden unter den Rednern mit je 3 Minuten Sprechzeit ganze 4 Frauen waren? Daß der Genosse, der neben mir sitzt, sich von seiner Frau das Bier holen läßt, weil sie den Zusammenhang der Reden sowie so nicht mitkriegt — sie paßt nämlich draußen auf die beiden Kinder auf? Die Frauengruppe innerhalb der alternativen Liste ist überhaupt sehr brav. Sie fürchtet sich vor Einseitigkeit in Sachen Frauen: „Eine reine Frauenkandidatur halten wir deshalb nicht für sinnvoll, weil

jeher gegen die Interessen der Frauen gerichtet ist“, steht auf ihrem Flugblatt. Ach, wenns doch so einfach wäre! Mit patriarchalischen Strukturen in den Köpfen, Körpern und Handlungen der herrschenden Männer allein ist keine einzige Frauendiskriminierung zu erklären. Die beherrschten tun da leider genauso ihren Teil dazu, was den Frauen in ihrer praktischen Arbeit gar nicht verborgen bleiben kann. Dies aber zu vertreten, hätte für die Frauen der alternativen Listen geheißen, ihre Kritik nicht auf den Tag im Abgeordnetenhaus zu verschieben, sondern in den eigenen Gruppen, mit denen es doch jetzt so toll neu losgehen soll, anzufangen. Das ist nicht geschehen. Wie sollte auch, wenn die Frauen von sich selbst die Einschätzung eines Nachhilfe-Objektes haben: „Wir fordern von den

Gruppen, Frauenhäusern, Berufsgruppen etc. schaffen wir eine Realität, die unsere Belange und Forderungen sichtbar macht, nach ihrer Notwendigkeit, nicht danach, ob sie sich dem Kanon des ‚Politischen‘ einpassen lassen. Es erklären uns viele linke Genossen schulterklopfend, daß die Frauensache natürlich wichtig sei, warum wir uns denn aber nicht um die Basis kümmern, in unserem berühmten Ghetto bleiben. Die Basis sind wir, ganz einfach, und unsere Arbeit Ghetto zu nennen, ist die verräterischste aller männlichen Perspektiven, nach dem Kraftmeier-Spruch: wo wir nicht sind, geschieht nichts Wichtiges. Sich wählen zu lassen, heißt, eine Machtfrage zu stellen. Und selbstverständlich ist uns eine linke Opposition im Rat-

Frauen — entscheiden wir die Wahl!

Ist Politik nur Männersache?

Von Politik verstehen Frauen eh nichts — meinen die Herrschenden — und das mag sich auch an ihrer Politik, die von ihnen gegen die Interessen der Frauen gerichtet ist.

Interessant würde es Frauen erst wieder an Wahlkampf! Da wird man aber List und Tücke versucht, um als Sommerhit die besonderen Parteien zu wählen.

Vom letzten Wahlkampf erinnern wir uns noch alles an Ansprüche wie:

„Durchschlag zum Maßstab für Frauen (SPD)“
 „Frauen ist weiblich (DFP)“.

Sehen wir uns diese „Maßstäbe“ mal näher an:

— 40 % der Frauen in den BRD und Westerbund haben keine allgemeine Berufsbildung;

— 40 % der Frauen verfügen über eine mangel qualifizierte, berufliche Ausbildung;

— der Anteil der Mädchen in angelernten Arbeitsstellen liegt bei 59 %;

— mehr als zwei Drittel aller Beruflichen ohne Lebenspartner und Mädchen.

Wenden der „Maßstab“ ist — dann Frau Maßstab!

Wir wissen, daß wir die ersten sind, die die Interessen dieser Wirtschaftsklassen an Beruflichen zu sprengt bekommen. Wir werden als erste aus dem Beruflichen rausgeworfen; wir wissen, daß es ein politisches verfahren, billige Rekrutanten nachzufragen werden, wir wissen, daß unser Anteil an der Arbeitslosigkeit mit 6 % fast doppelt so hoch liegt wie

der der Männer (die Durchschnittler dürfte noch höher liegen, die viele Frauen wieder „steht fest“ in den Haushalt zurück gehen und sich gar nicht um arbeiten mühen).

Es berücksichtigt in auch, daß nur ein Drittel aller Frauen einen Arbeit nachgeht!

Die „Maßstäbe“, die auch einen Arbeitslosen haben, müssen sich wie eh und da berücksichtigen mit:

— Leberbildungsgruppen

— Geringere Entlohnung und ungleichen Aufwandscharakter bei gleichwertiger Ausbildung

— Geringeren Lebenserwartung

— Typischen Frauenberufen

— dem Problem der Teilzeitarbeit,

Egal, ob Arbeiterin, Hausfrau, Sekretarin, Mutter oder Studentin, soziale Herkunft

— die meisten Arbeitsverträge des ZDF

— die neue „Berliner Landgesetz“, nachdem die Arbeitslosigkeit in Westberlin um 100 % anwuchs,

— Gewalt gegen Frauen ist in der Ehe, bei Mord, auf der Straße, ...

Wir haben hier nur die „Spitze des Eisbergs“ gezeigt!

Auf diesen „Maßstab“ prüfen wir!

Für diese Politik auf unserem Rücken gehen wir unsere Stimme nicht mehr ab!

Wer sind wir?

Wir sind Frauen, teilweise aus der Frauenbewegung und Frauen, die sich über unsere Diskussionskreise aktiv für die Belange der Frauen einsetzen wollen. Wir können aus verschiedenen Bereichen des Berufs, Büro, Uni, verschiedene und Sozialistinnen, Krawattenherren und ... Arbeitstages sind auch viele von uns!

Wir sind Frauen mit unterschiedlichen politischen Standpunkten, die uns haben wir aber gemeinsam.

daß wir unsere Situation nicht länger sozusagen hinnehmen wollen und glauben, daß wir im Rahmen einer „Alternativen Liste“ unsere Forderungen besser bekannt machen und ihnen mehr Nachdruck verleihen können.

Sie! Zeit treffen wir uns regelmäßig jeden Montag, haben sich immer 30 bis 40 Frauen an unseren Diskussionsabende beteiligt, während der Sommerferien waren es etwas weniger.

Was haben wir bisher getan?

Nachdem wir zunächst zunächst eine grundsätzliche Frage der Wahlteilnahme diskutiert, haben wir zwischen Arbeitsgruppen zu folgenden Gebieten gebildet, die Untersuchungen leisten, Forderungen aufstellen und selbst Programme schreiben sollen:

— ZDF und Grundbesitz (Forderungen zur Arbeitsgruppen in Westberlin, Preussland, Dänemark und sonstige Schwächen)

— Situation der Frau am Arbeitsplatz (Leberbildungsgruppen, Arbeitslosigkeit etc.)

— Zum Problem der Masse

— Verhütung von Mordtaten — Sexismus in der Schule

— Gewalt gegen Frauen.

— Frauen und Rechtsstaatlichkeit

— Frauen im Kino

— Antidiskriminierung

Wir suchen nach interessierten Frauen und Frauenprojekten oder Gruppen, die Lust haben, in den nächsten Gruppen mitzuarbeiten!

Die Kontaktadressen sind im Wahlheft zu verfolgen: Tel. 8924218

Als nächsten werden wir in die verschiedenen anderen Bereiche der „Alternativen Liste“ gehen, um die Frauenfrage zu diskutieren.



Wir treffen uns:

jeden Montag
 im Telefonkabin-Hochhaus, Ernst-Reuter-Platz,
 5. Stock, Raum 517, 19 Uhr.

unser außerparlamentarisches Bündnis dadurch geschwächt und aufgesplittert werden würde“, sagen sie in einer Selbstdarstellung. Abgerichtet auf den Haupt- und Nebenwiderspruch, „arbeiten“ tun z. B. nur Frauen, die berufstätig sind ...) äußern sie die Befürchtung, „sich selbst in den Rücken zu fallen“, weil ihr Engagement eben mehrere Bereiche einschloße, tja. „Von Politik verstehen Frauen eh nichts — meinen die Herrschenden, und das zeigt sich auch an ihrer Politik, die von

einzelnen Bereichen, daß sie sowohl bei der Nennung der Delegierten als auch bei der Aufstellung der Kandidaten die Frauen in besonderer Weise berücksichtigen und fördern“. Der alte Appell an die linken Genossen, die hinfüßige Genossin das politische Laufen zu lehren. 10 Jahre Neue Linke haben ihnen viel Zeit gelassen, ihre Frauenfreundlichkeit zu zeigen. Aber wenn wir etwas zustande brachten, dann deshalb, weil wir uns auch gegen ihren Protest unsere Rechte nahmen. Mit feministischen Projekten,

haus lieber als eine rechte. Aber: die Politik der Frauen wird auch diese nicht vertreten. Es einmal selbst — auch in parlamentarischen Rahmen — zu tun, wird deshalb der Ansatz unserer feministischen Diskussion sein. Den Zeitpunkt setzen wir uns selbst. Und bis dahin gilt wohl die Sache mit dem kleinsten Übel ...

Sabine Zurmühl